

17. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Oliver Höfinghoff (PIRATEN)

vom 19. September 2012 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 21. September 2012) und **Antwort**

Insiderhandel beim Verkauf des BSR-Grundstücks Holzmarktstraße 19 - 30?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Trifft es zu, dass ein BSR-Aufsichtsratsmitglied Geschäftsführer einer GmbH ist, und wiederum diese GmbH Bieter im Verkaufsverfahren des Grundstücks Holzmarktstraße 19-30 ist, welches von einer hundertprozentigen Tochter der BSR durch den Liegenschaftsfonds des Landes derzeit vermarktet wird?

Zu 1. Eine Bietergemeinschaft, die einem Aufsichtsratsmitglied der BSR zuzurechnen ist, hat sich an dem öffentlichen Bieterverfahren zur Vermarktung der Holzmarktstraße 19 – 30 beteiligt. Diese Bietergemeinschaft hat sich im Laufe des Bieterverfahrens nicht als Meistbietende herausgestellt und erhielt somit nicht den Zuschlag zum Kauf des Grundstücks.

2. Wie schätzt der Senat die Tatsache ein, dass Aufsichtsräte über Insiderwissen verfügen, das sie mutmaßlich in die Lage versetzt, sich im Bieterverfahren Vorteile zu verschaffen, auch wenn, wie die Sprecherin der BSR betont, an bestimmten Sitzungen des Aufsichtsrats nicht teilgenommen würde, und teilt der Senat die Auffassung kritischer Beobachter, dass eine Verquickung von privatwirtschaftlicher Tätigkeit und Aufsichtsratsaktivität einzelner Personen für ein öffentliches Unternehmen unzulässig ist und Maßnahmen erforderlich sind, solche Interessenkollisionen zu beseitigen, und welche Maßnahmen konkret wird der Senat zu diesem Zweck wann ergreifen?

Zu 2. Der Aufsichtsrat und der Vorstand der BSR haben alle notwendigen Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um dem mitbietenden Aufsichtsratsmitglied keinen Vorteil aus seiner Mitgliedschaft im Gremium bzw. Insiderwissen zu verschaffen. Die Tatsache, dass die besagte Bietergemeinschaft eben nicht das wirtschaftlichste Angebot unterbreitete und somit nicht den Zuschlag zum Kauf erhielt, beweist die Zuverlässigkeit dieser Vorsichtsmaßnahmen.

Berlin, den 08. Oktober 2012

In Vertretung

Klaus Feiler
Senatsverwaltung für Finanzen

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 10. Okt. 2012)